

der Zeitung und Sonntags wird dieses
Ende mit 8.700 abverkauft. Bei
anderen Tagen ist die Ausgabezahl
um 10.000, 8.850 abverkauft.

Durch die Post:
ausland: Deutschland und der Ausland
1.200 abverkauft. In Großbritannien
1.200 abverkauft. In Russland, Frankreich,
Italien, Spanien, Niederlande, New
England, Belgien, Holland, England,
Schweden, Griechenland, Spanien. In allen
diesen Staaten war diese Zeitung bis
Gesetzgebung bei Posten erlaubt.

Das letzte Kapitel reicht weiter:
8.700 und 8.850 verkauft.

Übersetzung: Wagnleitungen 8.
Bei anderen Tagen, Mittwoch, Samstag
und Sonnabend, sowie Freitag und
Dienstag.

Die wichtigste Nummer steht 10.4.
Sammel- und Gesamtausgabe
Sammelzeitung 8.
Gesamtausgabe 14.000, 14.000, 14.000.

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 99.

Freitag 9. April 1909.

103. Jahrgang.

Das Wichtigste.

* Zur bevorstehenden Zusammenkunft des Deutschen Kaiserreichs mit König Victor Emanuel versichert das römische Blatt "Vita", aus autoritärer Quelle erhalten zu haben, daß bei dieser Begegnung der Dreikönigervertrag erneuert werden würde. Die Erneuerung soll bisweil aus besonderen Gründen früher als üblich erfolgen. (S. d. bei Art.)

* Der allgemeine Vertretertag der Nationalliberalen Partei findet vom 2. bis 4. Oktober in Eisenach statt. (S. Dritts. R.)

* Zu den Beschlüssen des erweiterten Vorstandes des konservativen Landesvereins für das Königreich Sachsen liegen verschiedene Auskünfte vor. (S. d. bei Art.)

* In ganz Thüringen werden Versammlungen zugunsten der Erbschaftsteuer veranstaltet. (S. d. bei Art.)

* In verschiedenen Wiener Blättern tauchen Nachrichten auf, nach denen England zu dem Programm von Revol zurückkehrt und im Verein mit Rußland schon nach Osten die monozentrische Frage ausrollen werde. (Weiteres zur Orientfrage s. d. bei Art.)

* Wie aus Petersburg gemeldet wird, bemüht Graf Witte sich um das Vorzeichen Iwolofsk, jedoch ohne Erfolg der Hofpartei gegenüber.

* Aus Messina wird unter dem 8. April über ein neues Erdbeben folgendes telegraphiert: Gestern abend um 9 Uhr 55 Min. erfolgte hier ein heftiger Erdstoß, dem ein donnerähnliches unterirdisches Getöse folgte.

Zur Reichsfinanzreform.

Die unbegründeten Angriffe des erweiterten Vorstandes des konservativen Landesvereins haben die liberalen Parteien zu offiziellen Erklärungen veranlaßt. In einem "Unerhörliche Kampfweise" übertrichteter Artikel der parteiunabhängigen

Sächsischen Nationalliberalen Korrespondenz

wurden im Namen des Nationalliberalen Landesvereins die von konservativer Seite erhobenen Vorwürfe ganz in derselben Weise abgetan, wie dies gestern an dieser Stelle bereits geschehen ist. Die genannte Korrespondenz schreibt:

"Es ist ein bequemes Mittel, daß die konservative Landesversammlung in Dresden anwandte, um über die Unannehmlichkeiten der eigenen Politik hinwegzukommen. Sie behauptet den Nationalliberalen Landesverein für das Königreich Sachsen einer „unechtlichen Kampfweise“, weil er in keiner Kündigung zu den Landtagswahlen den Vorwurf erhob, daß die konservative Partei möglichst der Finanznot des Reiches den nationalen Gedanken wegen einer der organischen Interessenpolitik unangemessenen Steuer im Stiche läßt. Auch die nationalliberale Fraktion des Reichstages setzt nicht für die Nachschafsteuer zu haben geweint. Alle wenn es sich nur um diese Steuer gehandelt hätte! Um die Besteuerung des Viehbesitzes handelt es sich, die von der nationalliberalen Partei von allem Anfang gefordert worden ist, und zwar als unerlässliche Bedingung. Wenn die nationalliberale Fleischstaatsaktion sich gezwungen sieht, im Range der Verhandlungen vor der Nachschafsteuer abzugehen, so geschieht es vornehmlich deshalb, weil sie auf alle Fälle den Weg zu einer Verhandlung offen lassen wollte. Es war eine lange zweite Runde, ob die Nachschafsteuer nicht besser durch eine erweiterte Erbschaftsteuer oder durch eine andere Steuerform erzielt würde. Die konservative Partei hat aber die Nachschafsteuer wie die Erbschaftsteuer gleichermassen bekämpft, und sie hat es leicht bei der bedeutameren Auseinandersetzung im Reichstage am 20. März nicht über sich vermoht, irgendeine bestimzte Aussichtung zu geben, daß sie überhaupt einer Steuerform zustimmen werde. Ihr Sprecher, Herr von Richthofen, ging darüber mit der diplomatischen Wendung ein, er ziehe vor, sich darüber noch nicht auszusprechen. Um so deutlicher wurde er freilich am Schlus, indem er verkündete, die konservative Partei wolle den Bloß nicht sprengen, aber sie werde die Majorität suchen, wo sie sie finde! Der Unterschied im Verhalten der konservativen Partei einerseits und der nationalliberalen Partei andererseits gegenüber der Reichsfinanznot braucht also nicht erst mühsam erläutert zu werden; er ist jedem offenbar, der sich will. Wenn jetzt die Parteiabteilung der sächsischen Konservativen in Dresden sich für eine Erbschaftsteuer wenigstens bedingungsweise ausspricht, so weiß jedermann, daß sie sich damit in einen Gegenzahl stellt zu der Politik, die keiner in Berlin im Namen der konservativen Partei und nicht minder im Auftrage des Bundes der Landwirte getrieben wurde und vielleicht noch eine Weile weiter setzten wird. Was auch sonst die ausdrückliche Versicherung am Schlus der zweiten Erklärung, daß die konservative Partei Sachsen die Wiederkehr einer Normalstaatlichkeit des Zentrums — (siehe Rede Richthofen) — in verhindernden mündet! Ist ihr nicht in voraus von der "Deutschen Tagesszeitung" wegen ihrer Ablage der Brud der Parteidoktrin vorgeworfen worden? Wenn in der Erklärung der Dresdner Landesversammlung auf die Kündigung des Nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen zurückgegriffen wird, so verrät man damit nur, daß man den darin erhobenen, an die konservative Überleitung gerichteten Vorwurf bitter empfand, eben weil er bestreitigt war, und man gibt weiter unzureichendes zu, daß das Auftreten der nationalliberalen Partei einen Entschluß beschloß, der an sich sehr läßlich, doch das ist, was man in der politischen Sprache einen regelrechten Umschlag nennt. Die großen Künste, womit man die nationalliberalen Partei befehlt, erklären sich zur Genüge aus den peinlichen Gefühlen, die ein solches Geschäft anbelte. Und wir sind natürlich genau, uns nicht weiter dabei aufzuhalten."

Die freisinnige Volkspartei mehrt sich ebenfalls. Der Schriftsführer des Landesvereins der freisinnigen Volkspartei hat an die Dresdner Blätter eine Erklärung gesandt, in der es u. a. heißt:

"In der am Schluß siegenden Resolution des Dresdner Konservativen Vereins wird den Liberalen und Freisinnigen vorgeworfen,

dass von ihnen „politische Brunnenbergierung“ betrieben würde. Sachlich habe ich zu den Vorwürfen gegen die Freisinnigen in Fragen der Erbschaftsteuer folgendes zu bemerken. Jede Steuer, auch die Erbschaftsteuer, hat ihre Mängel, und es kann ohne weiteres angegeben werden, daß diese Mängel von Seiten des Herrn Dr. Wimmer im Reichstag und von Herrn Müller (Meiningen) schriftlich sind, wird in der Resolution nicht angegeben) herausgehoben werden sind. Aber diese Angaben zu einem Angriff auf die Freisinnigen idemlich sind, und diese Herren zu Gegenwern der Nachschafsteuer zu stemmen, entspricht zum wenigsten nicht den Geplagenheiten, welche politische Parteien bei der Veröffentlichung von Vorstandsbeschlüssen eingehalten haben. In der Finanzkommission haben die Freisinnigen für die Nachschafsteuer gekämpft und haben unter Bezugnahme auf ihre bisherige Stellung am 20. März offiziell erklärt: „Die Staatsgemeinschaft hält an der Förderung fest, daß eine ausreichende Belastung des Viehbesitzes durch Nachschaf- oder Erbschaftsteuer gefährlich ... wird.“ Es läuft auf eine Fortführung der öffentlichen Meinung hinzu, wenn aus dem Zusammenhang herausgezogene Angaben einzelner Parteimitglieder verdeckt werden, die Stellungnahme aber und die Abstimmung der Gesamtpartei verschwinden wird. — Heute, Freitag, Geschäftsführer des Landesvereins der Freisinnigen Volkspartei.

Die sächsischen Konservativen und die "Deutsche Tagesszeitung".

Unter der Überschrift "Ein Nachgang" beschreibt sich die parteiöffentliche Korrespondenz der Konservativen, die "Sächsischen politischen Nachrichten", mit den Artikeln der "Deutschen Tagesszeit", vom 8. d. M. Die bemerkenswertesten Stellen daraus lauten:

Die "Deutsche Tagesszeit" schreibt in ihrer Nummer 164, daß auf dem Delegiertenrat der deutschen konservativen Partei im Dezember 1907 einstimmig eine Resolution gegen eine Erbschaftsteuer für Kinder und Ehegatten angenommen worden sei. Das ist unrichtig. Die einzige Resolution, die damals angenommen wurde, berührte die Reichstagsfraktion das Vertrauen aus, daß sie die Bloßpolitik des Reichstagsunterstützen und daß die konservativen Grundlagen wahren werde. Nichtig ist nur, daß damals mehrere Reden gegen eine solche Steuer gehalten worden sind.

Doch mit maßgebenden Parteiführern der preußischen Konservativen vor Fassung von Beschlüssen der konservativen Partei Sachsen Fühlung genommen worden ist, besteht sich bei dem engen und durchaus freundlichen Beziehungen, die zwischen sächsischen und preußischen Konservativen bestehen, von selbst. Die "Deutsche Tagesszeit" greift noch besonders einige Autoren heraus, die den Punkt der angenommenen Resolution betreffen, und dabei ist der konservative Konservativer, der die Konservativen schärfte. Wir können ihr verraten, daß diese Autoren in der Hauptrede gerade auf Wunsch heraufragender Vertreter des Bundes der Landwirte auf die Resolution angesprochen worden sind, nachdem die erste Entwurf bereits fertiggestellt worden war. Endlich möchten wir die "Deutsche Tagesszeit", darauf aufmerksam machen, daß die leichte offizielle Erförderung der Reichstagsfraktion von Ihnen, R. Richter, am 20. März 1908 im Reichstag abgenommen worden ist, die zwar die Nachschafsteuer noch wie vor eigentlich bekämpft, ohne aber eine weitere Stellung zur Erbschaftsteuer zu präjudizieren. Überhaupt möchten wir bitten, Nachschafsteuer und Erbschaftsteuer häufig auszudenken. Man muss nach dem Artikel der "Deutschen Tagesszeit", geradezu annehmen, es hätten sich die sächsischen Konservativen noch für die Nachschafsteuer ausgesprochen. Das ist in alle Weise nicht der Fall, denn die sächsischen Konservativen wissen ganz genau, welche großen praktischen Unterschiede zwischen Erbschaftsteuer und Nachschafsteuer vorhanden sind, und wir möchten bestmöglich Volemis erlauben, diese Unterschiede festzustellen. Auf diese Unterschiede wird dann noch näher eingegangen: es wird eine hohe Strafe für falsche Steuererklärungen fordern und dann gesetzt, es handelt sich bei der in Frage kommenden Erbschaftsteuer lediglich um den weiteren Ausbau eines bereits eingeführten Gesetzes.

Wörtlich heißt es abdaß: "Wir können die Konservativen nicht schämen, ohne einen Satz des Herrn Dr. L. vom 17. März 1908 einzuführen, welcher der Fehler des verdienten Leiters derzeitlich entsteckt und folgenden Wortlaut hat: „Die Rechtsordnung des Staates bringt allein dafür, daß der Erbste die Erbschaft, die sonst herrenlos würde, antritt kann. Es ist also recht und billig, daß er in Form einer entsprechenden Erbschaftsteuer eine Gegenleistung gewährt.“ Hierzu bemerken die Sächsischen Politischen Nachrichten": Hat die "D. T." diesen Satz auch nur anlässlich ihres Vorschlags, die Millionenreichen in ihrer Weise zu besteuern, gebracht, so liegt er doch einer allgemeinen Grundlage gewissermaßen dogmatisch fest, so doch wir von der "D. T." nicht erwarten hätten, sie werde gegen unsere Resolution so scharf Stellung nehmen. Eine solche Steuer heißt übrigens nicht nur in England, Frankreich, Italien, Russland, sondern auch in germanisch-agrarischen Ländern, wie Dänemark, Norwegen, Schweden, Österreich-Ungarn und endlich auch im deutschen Kaiserland, ja in den drei Hansestädten, und außerdem in Süß-Deutschland. Wir bedauern sehr, zu dieser Volemis mit der "D. T." neuerungen zu sein. Wir tun es nur zur Abwehr. Wir halten im übrigen das Vorzeichen dieser Volemis in ihrem Interesse des sozialen gemeinsamen Zusammenarbeitens von Bund und konservativer Partei Sachsen nicht für anzeigbar.

Zum Schlus weiß die Korrespondenz nochmals darum hin, daß bei der Abstimmung der Reichsfinanzreform es sich um eine Vorstellung hande, für den Vorstand des Deutschen Reiches, und daß demgemäß große Opfer von allen Seiten gebracht werden müssten. Jeder müßt nach seiner Überzeugung Stellung einnehmen und darf keinen Einfluß von irgendeiner Seite mehr nachziehen. Der Artikel schließt: "Am Übrigen sind wir der festen Meinung, mit unserer Stellungnahme zugleich die Interessen der deutschen und insbesondere der sächsischen Landwirtschaft am besten gewahrt zu haben."

Ein allgemeiner deutscher Beamtentag

wird vom deutschen Beamtenbund zum 8. d. M. nach Berlin einberufen werden. Die Beamten sind mit der Stellungnahme der konservativen Partei zur Reichsfinanzreform nicht einverstanden; sie behaupten, daß die konservativen Abgeordneten, die doch hauptsächlich den Stimmen der Beamten ihre Mandate verdanken, ihr von den Wählern gegebenen Wort nicht erhalten hätten. Sollte durch die Schluß der Konservativen die Reichsfinanzreform, so ist auch die Gehaltsanhebung der Beamten erfordert und die Nachschafsteuer als gerechte Steuer befürwortet werden.

Eine Niederlage des Bundes der Landwirte.

Als Verteidiger wird nun geschrieben:

Einen bemerkenswerten Beitrag zu der Auffassung des Volkes über die Rümpfe zur Reichsfinanzreform, insbesondere zur Frage der Nachschafsteuer, bietet das Wahlergebnis in Stade-Bremervörde. In diesem früheren Sauerländer Wahlkreis war bekanntlich durch den Tod des bisherigen nationalliberalen Abgeordneten Recke eine Nachwahl notwendig geworden. Genau wie der Bund der Landwirte bereits bei den letzten hannoverschen Landtagswahlen fast ohne Ausnahme den nationalliberalen Bevölkerung angreift, so handte es

Bezeigen.-Preis

Mr. Deleuze auf Leipzig und Umgebung
die Ergebnisse Wahlergebnis 25.4. Einschluß
Burgdorf 25.4. Hellendorf 1.5.
zu erneut 25.4. Hellendorf 1.5.
von Hellendorf 25.4. Hellendorf 1.5.
Hellendorf 25.4. Hellendorf 1.5.

Deleuze, Schlesien im ersten Teil 40.4.
Burgdorf 25.4. zu Leipziger egl. Wahl
gegen die Nationalsozialisten an. Deleuze
steht im Wahlkreis. Deleuze ist ein
Nationalsozialist. Deleuze kann nicht aus
gewählt werden. Nur hat Deleuze ein
bestimmtes Kapitel mit Bürgern nicht interessant.

Deleuze-Kreis: Deleuze-Kreis 8.
bei Bürgern 8.000. Deleuze-Kreis 8.
Burgdorf 1.500.

Deleuze-Kreis: Deleuze-Kreis 8.
bei Bürgern 8.000. Deleuze-Kreis 8.
Burgdorf 1.500.

Deleuze-Kreis: Deleuze-Kreis 8.
bei Bürgern 8.000. Deleuze-Kreis 8.
Burgdorf 1.500.

Deleuze-Kreis: Deleuze-Kreis 8.
bei Bürgern 8.000. Deleuze-Kreis 8.
Burgdorf 1.500.

Deleuze-Kreis: Deleuze-Kreis 8.
bei Bürgern 8.000. Deleuze-Kreis 8.
Burgdorf 1.500.

Deleuze-Kreis: Deleuze-Kreis 8.
bei Bürgern 8.000. Deleuze-Kreis 8.
Burgdorf 1.500.

Deleuze-Kreis: Deleuze-Kreis 8.
bei Bürgern 8.000. Deleuze-Kreis 8.
Burgdorf 1.500.

Deleuze-Kreis: Deleuze-Kreis 8.
bei Bürgern 8.000. Deleuze-Kreis 8.
Burgdorf 1.500.

Deleuze-Kreis: Deleuze-Kreis 8.
bei Bürgern 8.000. Deleuze-Kreis 8.
Burgdorf 1.500.

Deleuze-Kreis: Deleuze-Kreis 8.
bei Bürgern 8.000. Deleuze-Kreis 8.
Burgdorf 1.500.

Deleuze-Kreis: Deleuze-Kreis 8.
bei Bürgern 8.000. Deleuze-Kreis 8.
Burgdorf 1.500.

Deleuze-Kreis: Deleuze-Kreis 8.
bei Bürgern 8.000. Deleuze-Kreis 8.
Burgdorf 1.500.

Deleuze-Kreis: Deleuze-Kreis 8.
bei Bürgern 8.000. Deleuze-Kreis 8.
Burgdorf 1.500.

Deleuze-Kreis: Deleuze-Kreis 8.
bei Bürgern 8.000. Deleuze-Kreis 8.
Burgdorf 1.500.

Deleuze-Kreis: Deleuze-Kreis 8.
bei Bürgern 8.000. Deleuze-Kreis 8.
Burgdorf 1.500.

Deleuze-Kreis: Deleuze-Kreis 8.
bei Bürgern 8.000. Deleuze-Kreis 8.
Burgdorf 1.500.

Deleuze-Kreis: Deleuze-Kreis 8.
bei Bürgern 8.000. Deleuze-Kreis 8.
Burgdorf 1.500.

Deleuze-Kreis: Deleuze-Kreis 8.
bei Bürgern 8.000. Deleuze-Kreis 8.
Burgdorf 1.500.

Deleuze-Kreis: Deleuze-Kreis 8.
bei Bürgern 8.000. Deleuze-Kreis 8.
Burgdorf 1.500.

Deleuze-Kreis: Deleuze-Kreis 8.
bei Bürgern 8.000. Deleuze-Kreis 8.
Burgdorf 1.500.

Deleuze-Kreis: Deleuze-Kreis 8.
bei Bürgern 8.000. Deleuze-Kreis 8.
Burgdorf 1.500.

Deleuze-Kreis: Deleuze-Kreis 8.
bei Bürgern 8.000. Deleuze-Kreis 8.
Burgdorf 1.500.

Deleuze-Kreis: Deleuze-Kreis 8.
bei Bürgern 8.000. Deleuze-Kreis 8.
Burgdorf 1.500.

Deleuze-Kreis: Deleuze-Kreis 8.
bei Bürgern 8.000. Deleuze-Kreis 8.
Burgdorf 1.500.

Deleuze-Kreis: Deleuze-Kreis 8.
bei Bürgern 8.000. Deleuze-Kreis 8.
Burgdorf 1.500.

Deleuze-Kreis: Deleuze-Kreis 8.
bei Bürgern 8.000. Deleuze-Kreis 8.
Burgdorf 1.500.

Deleuze-Kreis: Deleuze-Kreis 8.
bei Bürgern 8.000. Deleuze-Kreis